VR-07 (V-103) Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Erik Marquardt (KV Berlin-Treptow/Köpenick)
Tagesordnungspunkt: VR Im V-Ranking priorisierte Anträge

Antragstext

Auch in den letzten Monaten war das Thema der Migrations- und Asylpolitik im Zentrum der gesellschaftlichen Debatte und Aufmerksamkeit. Nicht erst seit kurzem hat sich und wurde der Wunsch nach Veränderungen tief in breiten Teilen der Gesellschaft verankert. Viele Herausforderungen vor Ort, aber auch eine hektische Debatte und gezielte Stimmungsmache haben zu dieser Entwicklung geführt.

Wir werden uns den Herausforderungen, der Angst und den Zweifeln stellen. Angst haben Menschen eben nicht nur, wenn sie aus anderen Ländern kommen und zweifeln, ob sie in Deutschland noch willkommen sind. Es gibt auch viele Menschen, die daran zweifeln, ob "Migration" am Ende nicht auch zu Problemen führt, die sie selbst betreffen werden.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht und zerfällt eben nicht nur in Maßnahmen, Zahlen und Wahrheiten, sondern auch in Gefühlen.

Allzu oft werden in letzter Zeit politisch Erwartungen geweckt, die Politik gar nicht erfüllen kann. Das Asylrecht kann praktisch nicht einfach abgeschafft werden, ein Aufnahmestopp oder systematische Zurückweisungen sind weder rechtlich noch praktisch in einer Demokratie umsetzbar. Die Debatte darf sich nicht länger in Schlagworten verlieren, wir müssen ins ernsthafte Handeln kommen, um das Asylrecht zu retten. Die Forderungen nach "Begrenzung", "Ordnung" und "Steuerung" sind im Kern die Forderung nach einer Situation, in der die eigenen Möglichkeiten wieder den Herausforderungen entsprechen.

Damit das gelingt, dürfen wir nicht nur die Vorschläge der anderen zu bewerten. Wir müssen selbst gestalten und einen grünen Weg aufzeigen, der Menschen überzeugt und begeistert. Dafür brauchen wir mehr Mut. Denn die aktuelle Stimmung entstand nicht durch eine grüne Asyl- und Migrationspolitik - im Gegenteil: Seit inzwischen vielen Jahren werden nach immer gleichen Mustern härtere Maßnahmen gefordert und beschlossen, Deals mit zwielichtigen Partnern geschlossen und hunderte Millionen in Grenzanlagen um und in Europa investiert.

Das wurde immer wieder mit dem Versprechen verbunden, dass es bald humaner und geordneter zugeht, dass weniger Menschen nach Europa und Deutschland fliehen und dass reale Herausforderungen bei Integration und Unterbringung eher heute als morgen verschwinden. Weder dieses Versprechen, noch die Erwartung dass populistische und rechtsextremistische durch diese Politik geschwächt werden, ist eingetreten. Es gibt auch Erfolge, die wir bereits durchsetzen konnten: beispielsweise bei der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts oder beim Chancenaufenthaltsrecht. Uns ist bewusst, dass Kompromisse in Koalitionen die Voraussetzung dafür sind, Verantwortung übernehmen und gestalten zu können. Der Migrationsdiskurs ist aber aus einer vernünftigen Bahn geraten, er trägt so zum Aufstieg der Rechtsextremen bei. Wir werden dazu beitragen, dass die

Migrationsdebatte zurück
zur Vernunft findet.

Es ist Zeit für eine neue Asyl- und Migrationspolitik, eine die endlich funktioniert, sich Realitäten stellt, die Menschenrechte als Vorteil begreift und die Würde der Menschen in und außerhalb Europas ins Zentrum stellt. Die grüne Migrationspolitik fußt im wesentlichen auf sechs Säulen. Hier soll dieses Fundament dargestellt und mit einigen Vorschlägen unterfüttert werden. Es gäbe in jeder Säule dutzende Vorschläge, die wir bereits beschlossen haben, Haltelinien, die nicht überschritten werden dürfen. Dabei verschleiern lange Forderungslisten aber zum Teil unsere grundsätzliche Ausrichtung und lenken von Wesentlichen ab, weswegen wir hier darauf verzichten:

1. Säule: listen to the science

Zu oft wirkt Politik ratlos im Umgang mit Herausforderungen und versucht Symbole zu setzen. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den diversen Problemen auf verschiedenen Ebenen wird so verhindert. Dabei gibt es in unserem Land so viel Expertise, auf die wir zurückgreifen könnten. Der Bundeskanzler sollte deswegen ein Gremium einsetzen, das mit Experten aus Wissenschaft und Forschung Antworten auf brennende Fragen entwickelt und diese Antworten in den politischen Prozess bringt: Was brauchen Kommunen konkret? Wo und wie gelingt Integration am besten? Welche Möglichkeit gibt es, Fluchtursachen zu bekämpfen oder die europäische Verteilung zu verbessern, damit weniger Menschen zu uns fliehen müssen? Woran hakt es bei der Arbeitsaufnahme noch? Welche Fragen bewegen die Menschen gerade am meisten? Andere Fragen sollten ergänzt werden, alles kann auf den Tisch. Aber Politik wird nicht besser, wenn man der Wissenschaft immer schlechter zuhört. Es gibt viele Lehrstühle, Gremien und Institute und Räte, aber sie sollten von der Politik endlich gehört werden. Deswegen sollten die Regierungsfraktionen und die demokratische Opposition zusagen, dass die Vorschläge des Gremiums im parlamentarischen Prozess beraten und diskutiert werden. Ob sie am Ende umgesetzt werden, entscheidet natürlich das Parlament. Wir können und sollten in der Politik unterschiedlicher Meinung zu politischen Forderungen sein - aber die Forderungen sollten endlich wieder evidenzbasiert sein.

2. Säule: internationale Zusammenarbeit

Deutschland und Europa sind auf Migration von außerhalb angewiesen und damit auch auf Migrationspartnerschaften. Ohne maßgebliche Migration würden unsere Sozialsysteme, die Renten, die Gesundheitsversorgung nicht zu erhalten sein. Unsere Art zu leben wäre durch Abschottung in Gefahr. Es ist uns allerdings nicht egal, wie Menschen nach Europa kommen oder wer da kommt. Unwürdige und lebensgefährliche Fluchtrouten müssen schnellstmöglich der Vergangenheit angehören. Krisenprävention, humanitäre Hilfe und beispielsweise Wiederaufbau in Krisenregionen sind ein zentrales Element unserer Migrationspolitik. Allzu oft fängt die politische Konkurrenz erst an, über Themen zu diskutieren und Geld in die Hand zu nehmen, wenn die Krise schon da ist oder Geflüchtete auf

Schlauchbooten sitzen. Wir wollen vorher ansetzen. Wir wollen keine Welt, in der Menschen erst nach Europa fliehen müssen, um in Sicherheit zu sein und Hoffnung auf eine bessere Zukunft haben.

Deswegen treten wir dafür ein, Arbeitsmigration zu vereinfachen, Migrationspartnerschaften auf Augenhöhe zu schließen und Geflüchtete in Krisenregionen besser zu unterstützen.

Allzu oft haben wir uns in der Vergangenheit mit geschlossenen "Flüchtlingsdeals" schwer getan - zu Recht. Wir haben viele Deals kritisiert, weil sie Menschenrechte nicht schützen, Parlamente umgehen, weil sie Abhängigkeiten von Diktaturen schaffen oder neue Fluchtursachen erzeugen. Wir haben angemerkt, dass die meisten Deals unerwünschte Nebeneffekte haben, dass sie nicht die versprochene langfristige Lösung sind und hatten fast immer Recht. Deswegen setzen wir uns für Alternativen zu den bestehenden "Abkommen" mit Ländern wie Tunesien, Libyen oder der Türkei ein. Das Ziel der zukünftigen Migrationspartnerschaften muss sein, dass sie die Lebenssituation vor Ort verbessern und geordnete Wege in den Arbeitsmarkt oder zum Asylantrag in Europa gibt. Nur so werden wir die irreguläre Migration nach Europa wirksam und langfristig reduzieren können. Im ersten Schritt sollte es vor allem eine neue ernsthafte Partnerschaft mit der Türkei geben. Das Ziel dieses Abkommens muss sein, dass die mehreren Millionen syrischen und afghanischen Geflüchteten in der Türkei eine bessere Situation haben und dass davon auch die türkische Bevölkerung profitiert. Ein Kern der Vereinbarung könnte eine Visa-Liberalisierung für Kurzzeitvisa sein. Wenn türkische Staatsangehörige ohne Probleme im Schengenraum Urlaub machen oder einen Job suchen könnten, wäre der Freiheitsgewinn enorm. Andererseits wäre Erdogan gezwungen, Rückführungen zu akzeptieren und die Menschenrechtslage in der Türkei zu verbessern, wenn er die Visaliberalisierung nicht gefährden will. Das könnte er sich innenpolitisch gar nicht erlauben.

3. Säule: Europa

Nur gemeinsam mit unseren europäischen Partnern werden wir die richtigen Antworten auf die Flucht und Migration finden. Unser Leitgedanke bleibt, dass im Mittelpunkt europäischer Politik der Mensch in seiner Würde und Freiheit stehen muss. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass Menschen in allen EU-Staaten besser verteilt werden, dass Menschen, die aus guten Gründen nach Europa fliehen, in allen EU-Staaten willkommen sind und eine Perspektive haben. Auch die internationale Zusammenarbeit, Fluchtursachenbekämpfung, Krisenprävention oder humanitäre Hilfe gelingt am besten, wenn sie europäisch organisiert wird. Vor einigen Monaten wurde die Reform des EU-Asylsystems beschlossen. Ob diese Reform etwas verbessern wird, ist nicht ausgemacht, aber es ist möglich. Denn das größte Problem europäischer Asylpolitik ist die fehlende Rechtsdurchsetzung und mangelnde Solidarität zwischen den EU-Staaten im menschenwürdigen Umgang mit Geflüchteten. Wir werden uns weiter für Verbesserungen auf Europäischer Ebene einsetzen, aber die Rechtsakte müssen nun wie jedes Recht umgesetzt werden. Die Reform droht jedoch zu scheitern, schon bevor sie im Juni 2026 in Kraft tritt. Deswegen wollen wir bereits jetzt die Umsetzung beschleunigen und ins Handeln kommen. Schon jetzt sollte von den Außengrenzstaaten eine systematische und rechtsstaatliche Registrierung der Schutzsuchenden eingefordert werden. Im

Gegenzug sollte eine Unterstützung bei der Aufnahme von Schutzsuchenden angeboten werden. Nur so, werden wir dauerhaft eine bessere Verteilung in Europa und rechtsstaatlich kontrollierte Außengrenzen sicherstellen können und Pushbacks verhindern. Da viele Menschen unregistriert und auf unwürdigen Routen sowieso nach Deutschland kommen und trotzdem bereits einige Male mit oder ohne Gewalt an Außengrenzen zurückgewiesen wurden, würden selbst durch eine maßgebliche Zusage der Binnenstaaten bei der Aufnahme unter dem Strich nicht mehr Menschen nach Deutschland, Frankreich oder Österreich kommen.
Deshalb sollte Deutschland eine relevante Zusage zur Aufnahme schon im nächsten Jahr zusagen und andere Staaten zum Mitziehen auffordern. Eine Aufnahmezusage kann beispielsweise daran gekoppelt werden, ob weiterhin unregistrierte Personen an der deutschen Grenze ankommen, die schon in anderen EU-Staaten waren. Für jede unregistrierte Person an der Binnengrenze könnte das Kontingent reduziert werden, um die Anreize zur Registrierung hoch zu halten. So könnte schon im nächsten Jahr für eine bessere Verteilung gesorgt und das Chaos an den Außengrenzen beendet werden. Hierfür ist keine weitere Änderung der Rechtslage notwendig.
Damit würde sich auch schnell zeigen, ob der Grundsatz der Reform des GEAS gelingen kann: Mehr Unterstützung für Außengrenzstaaten auf der einen Seite, rechtsstaatliche Kontrolle an den Außengrenzen auf der anderen Seite. So können wir den Binnenmarkt und die Reisefreiheit schützen und dafür sorgen, dass stationäre Kontrollen an deutschen Binnengrenzen endlich wieder in die Geschichtsbücher wandern.

4. Säule: Asyl in Deutschland

Für uns steht fest, dass wir das Asylrecht als große Errungenschaft feiern und als historische Verantwortung verteidigen. Zu den grünen Grundsätzen gehört jedoch auch, dass nach einem erfolgreichen Asylantrag die großen Herausforderungen in unserem Einwanderungsland noch bevorstehen. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten, sie sollen auch Teil der Gesellschaft werden und werden können.

5. Säule: Integration und Arbeitsmarktintegration in Deutschland

Deutschland ist ein Einwanderungsland und wird und muss es bleiben. Dass die Geschichte des Einwanderungslandes eine Erfolgsgeschichte bleibt, ist eine politische Verantwortung. Die irreguläre Migration macht in Europa weniger als 10% der Gesamtmigration aus. Ein Einwanderungsland braucht Migration und Migration braucht die entsprechende dauerhafte Infrastruktur in den Kommunen und den Ländern.

Dazu gehören ausreichend Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder und dauerhaften Wohnraum in den Kommunen. Wir sind für Sprachkurse für alle. Der Zugang zu KiTa, Schule und Ausbildung muss durch ausreichend Mittel und Personal sichergestellt sein.

Asyl und Integration sind eine Daueraufgabe, die dauerhafte Strukturen braucht. Dabei muss es auch um Resilienz gehen, denn es wird immer wieder Jahre geben in denen mehr Menschen kommen und Jahre, in denen weniger Menschen kommen. Die Strukturen eines Einwanderungslandes müssen für diese Dynamiken gerüstet sein.

Mit dem Spurwechsel sind wir hier erste Schritte gegangen. Konkret schlagen wir vor, dass Arbeitsverbote vollständig abgeschafft werden. Außerdem soll im Aufenthaltsrecht verankert werden, dass all jene, die hier arbeiten, eine Ausbildung machen oder studieren und sich nichts zu Schulden kommen lassen haben, hier bleiben dürfen. Das schafft auch den Raum über Rückführungen zielgenau zu reden, damit das nicht die Falschen trifft. Es reicht nicht, Menschen Schutz zu bieten. Sie müssen auch Teil der Gesellschaft werden und werden sollen - bis hin zur Staatsbürgerschaft.

6. Säule: Rechtsstaat durchsetzen, in allen Bereichen

Das Asylrecht, die Grund- und Menschenrechte zu verteidigen bedeutet im Kern, geltendes Recht durchzusetzen und Menschen Zugang zu diesem Recht zu ermöglichen. Das gilt an den Außengrenzen, in anderen EU-Staaten, es gilt aber eben auch in Deutschland. Auf europäischer Ebene halten sich verschiedene EU-Mitgliedsstaaten nicht an geltendes EU-Recht. Statt der vorgeschriebenen Durchführung rechtsstaatlicher Verfahren werden Pushbacks durchgeführt. Statt Asylsuchenden ordentliche Perspektiven zu bieten, sorgen unwürdige Bedingungen dafür, dass Menschen in Länder wie Deutschland, Frankreich oder Österreich weiterziehen müssen. Das darf nicht länger hingenommen werden. Die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen ist hier seit Jahren untätig, obwohl sie als Hüterin der Verträge für die Durchsetzung des Rechts verantwortlich ist.

Vertragsverletzungsverfahren, die zur Sanktionierung vor dem Europäischen Gerichtshof führen würden, werden nicht angestoßen, obwohl Rechtsbrüche offensichtlich sind. Deswegen sollte die Bundesregierung ihre Möglichkeit nutzen, selbst Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten und damit Rechtsdurchsetzung zu ermöglichen. Es kann nicht länger sein, dass es von netten Bitten abhängt, ob Geflüchtete überall in der EU rechtsstaatlich behandelt werden. Das würde dazu beitragen, dass Geflüchtete überall in Europa Perspektiven haben und sich die Verteilung verbessert.

Autoritäre Ideen von massenhafter „Remigration“ oder systematischer Zurückweisung von Asylsuchenden ohne rechtsstaatliche Verfahren treten wir entschieden entgegen. Sie widersprechen demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätzen.

Geltendes Recht umfasst aber eben auch, dass diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht haben und die angebotene Chancen für einen Spurwechsel oder andere Möglichkeiten nicht nutzen, unser Land wieder verlassen müssen. Hier stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise.

Denn wer ohne eine Perspektive oder Idee der eigenen Zukunft anderswo abgeschoben wird, ist schneller wieder da, als viele denken. Doch besonders bei schweren Straftätern oder religiösen Extremisten muss der Rechtsstaat hart

durchgreifen. Unser Rechtsstaat muss alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu verhindern, dass von diesen Menschen weiterhin eine Gefahr ausgeht.

weitere Antragsteller*innen

Katharina Binz (KV Mainz); Aminata Touré (KV Neumünster); Josefine Paul (KV Münster); Tim Achtermeyer (KV Bonn); Katrin Göring-Eckardt (KV Gotha); Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow); Ursula Nonnemacher (KV Havelland); Doreen Denstädt (KV Erfurt); Nina Stahr (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Madeleine Henfling (KV Ilm-Kreis); Viola von Cramon (KV Göttingen); Yazgülü Zeybek (KV Wuppertal); Benjamin Rauer (KV Minden-Lübbecke); Uta Röpcke (KV Herzogtum Lauenburg); Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis); Kathrin Henneberger (KV Mönchengladbach); Michael Sebastian Schneiß (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Jonas Werner (KV Erlangen-Stadt); Natalie Cramme-Hill (KV Trier); sowie 175 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.